

# Von wegen günstiger und transparenter

Trotz vielen Initiativen bleiben die Kosten der Vermögensverwaltung undurchsichtig und hoch

Mit dem Bundesgerichtsentscheid zu den Retrozessionen kam viel Bewegung in die Gebührenstruktur. Doch die Pauschalgebühren halten nicht, was sie versprechen. Experten raten zu extremen Lösungen.

WERNER GRUNDLEHNER

Der Schweizer Anleger gerät in der Vermögensverwaltung oft in einen Gebühren-Dschungel und verliert die Übersicht. Dabei hätte der Bundesgerichtsentscheid zu den Retrozessionen im Jahr 2012 den grossen Umschwung bringen sollen. Dort wurde festgehalten, dass die Vertriebsgebühren, die beispielsweise ein Fondsanbieter der Bank für den Verkauf der Fonds vergütet, dem Kunden gehören. Das Bundesgericht wies die Banken an, diese einbehaltenen Gebühren den Kunden auszubehalten – und dies auch rückwirkend.

## Weissgeld fordert Performance

Weitere Entwicklungen liessen einen grösseren Wettbewerb und damit auch mehr Transparenz erwarten: Mit der Zunahme der Steuererlichkeit gewann die Netto-Performance an Gewicht. War der Inhaber von Schwarzgeld nämlich noch einfach froh, dass sein Geld diskret behandelt wurde, will der Steuererliche eine ansprechende Rendite nach Kosten sehen. Angesichts der regulatorischen Schwierigkeiten im grenzüberschreitenden Geschäft fokussierten sich seither zudem viele Banken und Vermögensverwalter auf den heimischen Markt. Davon zeugt auch das Vorhaben der Grossbanken, der «Schweizer Bank» in der Organisation wieder mehr Gewicht zu geben.

Viele Anbieter von Vermögensverwaltung entschlossen sich, Leistungspakete anzubieten, welche gesamthaft etwas teurer ausfielen, weil die wegfallenden Einnahmen der Retrozessionen kompensiert werden mussten. Vereinfachung der Gebührenstruktur mit Pauschalangeboten («Flat Fee») hiess das Zauberwort. Die Marktbeobachter sind sich aber einig, dass bezüglich Transparenz kaum Fortschritte erzielt wurden.

Das grosse Problem dabei sei, dass selbst Fachleute überfordert seien, wenn es darum gehe, festzustellen, ob die Vermögensverwaltung bei einer Bank früher günstiger oder teurer gewesen sei, erklärt Marco Amato, Bankenspezialist bei EY. Vor der Einführung der Pauschalgebühren wurde jeder Posten von Kaufauftrag, über Depotgebühren, Custody usw. separat abgerechnet und die Retrozessionen einbehalten. Mit einer Flat Fee werde zudem dem Umstand nicht Rechnung getragen, wie viele Anfragen der Kunde starte und wie viele Transaktionen er ausführe.

## Umbau zu retrofrei

Viele Banken lassen sich gemäss Amato mittlerweile von den Kunden eine Erklärung unterschreiben, dass auf die Retrozessionen verzichtet werde. Das heisse aber nicht, dass die Institute die Vertriebsentschädigung immer einkasierten. Zahlreiche Banken sind daran, retrozessionsfreie Mandate zu etablieren. Das geht aber nicht von heute auf morgen, denn die Anbieter von Anlageprodukten wie Fondsgesellschaften müssen erst retrofreie Produkte in genügender Anzahl herstellen.

Der Vergleichsdienst Moneyland hat die Pauschalgebühren im vergangenen Jahr analysiert. Dafür wurden vergleichbare Angebote zusammengetragen – es fehlen Privatbanken. Nicht eingerechnet wurden Stempelsteuern sowie Produkte-, Börsen- und Währungsgebühren, die unter Umständen ebenfalls noch anfallen.

Das Unternehmen arbeitet an einer Aktualisierung des Vergleichs, die bald publiziert wird, da sich viele Gebühren und auch Namen von Produkten geändert haben. Eines sei bereits jetzt klar:



Die Vermögensverwaltung entpuppt sich als teures Unterfangen.

ILLUSTRATION JENS BONNKE

Es habe sich in den vergangenen Jahren nicht viel verändert, sagt Benjamin Manz, Geschäftsführer von Moneyland. Die teuren Dienstleistungen der Vermögensverwaltung seien teuer geblieben. Im Gegensatz zu anderen Produkten wie Konti, Kreditkarten und Hypotheken sei immerhin keine schlechende Verteuerung festzustellen. Aber viele Schweizer wollen sich nicht mit ihren Finanzen herumschlagen und geben diese Bürde gegen eine Gebühr der Bank ab. Gemäss Manz muss der Kunde sich entscheiden, wie viel ihm diese Entlastung wert sei.

## Die Banken tricksen

Keine Illusionen bezüglich Transparenz macht sich Stefan Heitmann, CEO des Hypothekar- und Anlagespezialisten Moneypark. Die Angebote seien derart unterschiedlich, dass nur Einzelfall-Betrachtungen möglich seien. Zudem sei es nicht nur so, dass ein aktueller Gebührenvergleich unter den verschiedenen Anbietern fast unmöglich sei. Es gebe auch keine historischen Daten der Ge-

bühren. So lasse sich keine vernünftige statistische Aussage zur Kostenentwicklung machen.

Die ganze Wahrheit komme so nie ans Tageslicht. Moneypark habe bei der Analyse einzelner Abrechnungen von Kunden festgestellt, dass Banken oft dort tricksten, wo es der Kunde nicht sehe. So könne die Kursstellung bei Fremdwährungen nicht kontrolliert werden und auch die Gebühren für Fremdwährungsgeschäfte von bis zu 3% würden einfach auf den Kauf- bzw. Verkaufspreis geschlagen.

Viele Institute böten zudem als grosse Innovation ein kontinuierliches Rebalancing an, d. h. eine Anpassung der Portfoliostruktur an die neusten Markttereignisse. Das führt gemäss Heitmann aber vor allem zu hohen Transaktionsgebühren. Er habe schon Fälle gesehen, in denen die gleichen Aktien innert kurzer Zeit verkauft und wieder gekauft worden seien, ohne dass Entscheidendes passiert sei. Manz ergänzt, dass man manchmal teure Mischfonds in der Vermögensverwaltung finde. Diese Produkte sind für sich selbst eine «kleine

Anlagestrategie», der Kunde zahlt dafür also doppelt.

Ein weiterer für die Kunden nicht erfreulicher Trend ist, dass viele Anbieter, die auf eine «Ohne-Retrozessionen-Politik» umgestellt haben, nur noch hauseigene Produkte vertreiben, dadurch geht dem Investor die Auswahl verloren, wie der Moneypark-CEO ausführt. Der Kunde habe zukünftig dann Produkte, die weder bezüglich Gebühren noch Performance besser seien. Damit habe man genau das Gegenteil von dem erreicht, was mit dem Bundesgerichtsurteil beabsichtigt worden sei.

Oft hiess es, die Vergütung müsse grundsätzlich überarbeitet werden: Statt der Verwaltung sollte die effektive Beratungsdienstleistung abgegolten werden. Gemäss Amato lässt es sich aber nicht durchsetzen, dass für einen Anruf beim Bankberater und die Frage, ob man nun Nestlé-Aktien kaufen soll oder nicht, 100 Fr. belastet würden, auch wenn man am Ende vom Aktienkauf absieht. Das Modell mit der Vergütung der Beratung funktioniert laut Heitmann nur bei Anbietern von passiven Produkten. Diese könnten sich sonst gar nicht finanzieren.

## Selbst ist der Anleger

Obwohl einige Banken Honorar-Beratungen anpriesen, habe er noch keine derartige gesehen, sagt Manz. Einige Institute hätten einfach ihre Verwaltungsgebühren umgetauft, andere würden für die Beratung einen Betrag verrechnen, aber andere Dienstleistungen weiter in Rechnung stellen.

Der Kunde, dem die Vermögensverwaltung zu teuer sei, habe zwei Möglichkeiten, günstiger wegzukommen, erklärt Amato. Entweder man nehme die Sache selbst in die Hand (gewisse Online-Broker bieten unabhängig vom Umfang Transaktionspreise von fix 25 Fr. an). Oder eine andere, etwas teurere Möglichkeit sei, das Vermögensverwaltungsmandat zu wechseln. Verfügt der Kunde über wesentliche Vermögenswerte, ist es durchaus möglich, mit der Bank Sonderkonditionen auszuhandeln. Mit einem tieferen Vermögen funktioniere diese Vorgehensweise leider in den meisten Fällen nicht.

Auch Benjamin Manz empfiehlt Kunden mit einem finanziellen Grundwissen, die Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen und über einen Online-Broker mit passiven Instrumenten (z. B. ETF) zu arbeiten, denn der Kostenunterschied zwischen aktiver und passiver Vermögensverwaltung ist rational nicht erklärbar. Zu viele Investoren glauben und hoffen, sie könnten ein zweiter Warren Buffett werden.

## Das kostete die Vermögensverwaltung 2015

Kostenvergleich		Kosten pro Jahr, in Fr.		
günstig <span style="color: green;">■</span> <span style="color: yellow;">■</span> <span style="color: orange;">■</span> <span style="color: red;">■</span> teuer		Aktien: 40–60%	80–100%	0%
Vermögensverwaltungsmandat, Anlagesumme 250000 Fr.		Risiko: Mittel <sup>1</sup>	Hoch <sup>2</sup>	Konservativ <sup>3</sup>
Migros-Bank	Vermögensverwaltung Classic	2618	3125	947,5
Credit Suisse	Invest-Mandate (Index)	2875	3875	2375
Neue Aargauer Bank	Vermögensverwaltungsmandat	3000	3500	1875
Credit Suisse	Invest-Mandate (Fonds)	3375	3875	2375
Valiant	Classique Vermögensverwaltung	3375	3875	2750
Valiant	Helvetique Vermögensverwaltung	3375	3875	Nicht erhältlich
Berner Kantonalbank	Vermögensverwaltungsmandat klassisch	3500	3500	2750
Bank Coop	Vermögensverwaltungsmandat	3500	3750	3250
Basler Kantonalbank	Vermögensverwaltungsmandat	3750	4250	3250
UBS	Vermögensverwaltungsmandat	4375	5000	2625

  

Vermögensverwaltungsmandat, Anlagesumme 500000 Fr.		Risiko:		
		Mittel	Hoch	Konservativ
Migros-Bank	Vermögensverwaltung Classic	5235	6250	1895
Zürcher Kantonalbank	Vermögensverwaltung Premium	5500	Nicht erhältlich	Nicht erhältlich
Credit Suisse	Invest-Mandate (Index)	5750	7750	4750
Neue Aargauer Bank	Vermögensverwaltungsmandat	6000	7000	3750
Berner Kantonalbank	Vermögensverwaltungsmandat klassisch	6750	6750	5250
Credit Suisse	Invest-Mandate (Fonds)	6750	7750	4750
Valiant	Classique Vermögensverwaltung	6750	7750	5500
Valiant	Helvetique Vermögensverwaltung	6750	7750	Nicht erhältlich
Bank Coop	Vermögensverwaltungsmandat	7000	7500	6500
Raiffeisen	Classic Portfolio	7500	8500	Nicht erhältlich
Basler Kantonalbank	Vermögensverwaltungsmandat	7500	8500	6500
UBS	Vermögensverwaltungsmandat	8250	9750	5000
Credit Suisse	Invest-Mandate (diverse Instrumente)	8750	9750	6750

Kostenangaben in Fr. und gemäss Anbietern. Gebührenangabe für 1 Jahr und die jeweilige Strategie und Anlagesumme.  
<sup>1</sup>Mittleres Risiko: Aktienanteil-Bandbreite: 40–60%; <sup>2</sup>Hohes Risiko: Aktienanteil-Bandbreite: 80–100%;  
<sup>3</sup>Konservativ: Aktien: 0%, Festverzinslich: 100% (Obligationen).

## MÄRKTE UND MEINUNGEN

# Währungskriege führen zu nichts

CHRISTOF LEISINGER

Die politische Rationalität in Wirtschafts- und Finanzfragen ist oft sehr einfach gestrickt. Das hat sich am Freitag bestätigt, als die japanische Notenbank überraschend negative Zinsen einführte. Die Märkte haben zunächst in dem Sinn «positiv» reagiert, dass die schon seit Jahren verwöhnten Anleger bei Aktien und Bonds zugriffen, am Devisenmarkt dagegen den Yen verkauften. Der Nikkei legte um 2,8% zu, und die Rendite zehnjähriger Staatsanleihen Japans fiel unter 0,1% und damit auf den tiefsten Stand seit Jahrzehnten, während die japanische Währung im Verhältnis zum Dollar bis zu 2% ihres Wertes verlor. Das sind angesichts der schon seit Jahren immer extremer werdenden Geldpolitik Japans allerdings ziemlich bescheidene Bewegungen.

Letztlich sind die Massnahmen der Bank of Japan nur eine Reaktion auf das, was die Notenbanken in Europa und den USA tun. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat jüngst angekündigt, geldpolitisch noch expansiver zu werden, und das Federal Reserve hat nach der ersten, minimalen Zinserhöhung seit mehreren Jahren angedeutet, vorerst zu pausieren. Beide Entscheidungen hatten zur Konsequenz, dass sich Euro und Dollar kaum bewegten, während der Yen zuletzt etwas stärker geworden war. Alle handeln offenbar nach dem anscheinend zum Standard gewordenen ökonomischen «Einmal-eins», in schwierigen Zeiten die eigene Währung zu schwächen. Diese Massnahme soll der eigenen Exportwirtschaft einen Vorteil verschaffen und die heimische Volkswirtschaft auf einen Wachstumspfad bringen. Das Problem derartiger Strategien aus dem theoretischen Lehrbuch ist nur, dass die Rechnung in der Praxis allenfalls bedingt aufgeht. Wenn alle Staaten ihre Geld- und Fiskalpolitik zugleich nach demselben Rezept machen, ist das global betrachtet ein Nullsummenspiel.

Tatsächlich kommen verschiedene Analysen zum Schluss, dass die willkürliche Schwächung einer Währung volkswirtschaftlich zumindest kurzfristig meist nicht das bringt, was theoretisch errechnet und behauptet wird. Das zeigt sich etwa daran, dass die Exportvolumina in Europa und in Japan in den letzten drei oder vier Jahren kaum zugenommen haben, obwohl Euro und Yen schwach tendierten. Die Exportunternehmen können sich zwar über eine indirekte Subvention in Form steigender Margen freuen, gleichzeitig aber verringert die schwache Währung die Kaufkraft der Konsumenten mit Interesse an importierten Gütern.

So gesehen können Anleger zwar auf die Aktien exportorientierter Unternehmen setzen, wenn das Land, in dem sie ansässig sind, auf eine schwache Währung fokussiert. In Tat und Wahrheit aber handelt es sich um eine Politik der Schwäche. Sie ist ein billiger Ersatz für eine vernünftige, aber politisch nur schwer durchsetzbare Strukturpolitik, und sie wird wirkungslos, sobald die versteckten Kosten sichtbar werden.

ANZEIGE

Jeder Franken hilft

**Weltweit erblindet jede Minute ein Kind. Schenken Sie Augenlicht!**

Senden Sie eine SMS an 339 mit CBM10 und spenden Sie 10 Franken an eine Graue-Star-Operation.

Online-Spende auf [www.cbmswiss.ch](http://www.cbmswiss.ch)

cbm